**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 15 (1935-1936)

**Heft:** 11

Rubrik: Politische Rundschau

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 28.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

stellen, d. h. z. B. das Chlor oder einen anderen Stoff für Kriegszwecke statt für Bleichmittel arbeiten zu lassen, ist keine große Schwierigkeit mehr. Die chemische Industrie ist entschieden rascher auf Kriegsfabrikation umgestellt als z. B. eine Nähmaschinenfabrik auf Granatzünder. Auch dieses Verbot ist unmöglich. Die einzige Möglichkeit bleibt die, den Gebrauch der für Ariegszwecke geeigneten Friedensprodukte zu solchen zu verbieten. Dieses Berbot ist aber aus den zu Anfang der Arbeit auseinandergesetzten Gründen. sehr problematisch. Einerseits ist das chemische Kriegspotential für ein Land mit gut entwickelter chemischer Industrie so gewaltig, daß die Versuchung mehr als nahe liegt, einen mit den anderen militärischen Waffen nicht mehr auszuweßenden Rückschlag durch Einführung der chemischen Mittel auszugleichen. Und der andere wunde Punkt ist das Repressalienrecht, das ohne Begründung die Anwendung der Gaskampfstoffe bei oberflächlicher Betrachtung berechtigt erscheinen läßt. Die einzige Möglichkeit der Unterbindung des Gaskrieges ist das Verbot des Krieges überhaupt, das aber unbedingt so lange angezweifelt werden darf und muß, als es möglich ift, daß Bölker gegen ein anderes Bolk mit rober Gewalt an Stelle des Rechts vorgehen können, und dieses dann wieder jedes Recht in Anspruch nimmt, sich zu wehren, wie es ihm nur möglich ist.

# Politische Kundschau

## Schweizerische Umschau.

Bilder aus dem Nationalrat. / Kleinarbeit. / Die Zuckerfabrik Aarberg und unsere Wirtschaftspolitik. / Von Walther zu Duttweiler. / Um unsere Neutralität. / Ofsiehky. / Unsere Presse. / Die Schüsse von Davos. / Notwendige Folgerungen.

In ben Wochen, die seit unserem letten politischen überblick über die innere und äußere Lage ber Schweiz vergangen find, haben fich Ereignisse abgespielt, die nicht nur durch ihre unmittelbaren Auswirkungen äußerst ernst sind, sondern vor allem beshalb eine gesteigerte Bedeutung ausweisen, weil sie und die mit ihnen verbundenen psychologischen Imponderabilien geeignet find, an die Grundzüge unser er Staatspolitit nach Außen zu rühren. Gegenüber solchen Ereigniffen, zumal wenn diefe eine Stimmung erzeugen, die ungefähr als das Gegenteil von ruhiger und sachlicher Aberlegung bezeichnet werden muß, mag es wohl für den Schreibenden wie für den Lesenden von Borteil sein, sich jenes Mag ruhiger Beurteilung zu sichern, das zu einer sachlichen Stellungnahme nun einmal unentbehrlich ift. Gerade diese sachliche Stellungnahme den Ereignissen gegenüber vermißt man in den letzten Tagen allzu häufig, und zwar nicht nur auf einer, sondern so ziemlich auf allen Seiten, und wir müssen schon sagen, daß wir unseren Bundesrat, vor allem aber die Chefs des Politischen und des Justizdepartements, um ihr schweres Umt heute weniger benn je beneiben, benn es gehört gewiß ein erhebliches Maß abgeklärter Einstellung und biplomatischer Geschicklichkeit bazu, um angesichts biefes Begenfabbats von Preffestürmen ben richtigen Weg zu sinden — jenen Weg, der ja doch einmal gesunden werden muß, um unser Bolk und unsere Außenpolitik aus dem Sturm der Wellen in die ruhige Bahn, in den sesten Kurs zu lenken, dessen wir heute, angesichts der äußerst angespannten Weltlage, mehr denn je bedürsen. Und vielleicht ist es gerade die Schwere der Erseignisse, die unsere Führung und unser Volk nun zwingt, ein für allemal Schluß zu machen mit allen Zweide ut igkeiten un serer Neutralitätsdebatte in der Januarsession der eidgenössischen Käte keineswegs geeignet ist, den Pessimisten Recht zu geben, sondern daß vielmehr gerade diese Debatte dem Beodachter gezeigt hat, wieviel Ernst und Verantwortungsbewußtsein im letzten Grund unserem Parlament und unserem Bundesrat innewohnen, wenn es gilt, die letzten und grundsählichen Fragen unserer Außenpolitik zum Wohle des Landes und in der Berantwortung gegenüber der Vergangenheit abzuklären. Das bestärkt uns in der Zuversicht, daß auch die heutigen Schwierigkeiten eine angemessene Lösung sinden werden.

\* \*

Die Januarsession unserer Rate hat denn überhaupt gezeigt, daß unser Parlament, wenn auch nach langem Zögern und vielem Auf und Ab, wohl in der Lage ist, auch schwere Aufgaben, die ihm gestellt sind, mit Erfolg zu lösen. Wir wetten, daß von benen, die gewohnt sind, ben Parlamentarismus am lautesten zu kritisieren, bestimmt die wenigsten sich die Mühe genommen haben, den Berlauf einer grundsätlichen Debatte in dem viel verschrienen Nationalrat sich einmal während mehrere Tage, bezw. Nächte, anzusehen. Es war ein eindrucksvolles und vielgestaltiges Bilb, bas sich bem Glüdlichen bot, bem es gelang, in jenen stürmischen Januartagen, als die Schlachten über Getreidezoll, Lohnabbau, Benzinzoll und Landeskredit tobten, noch eine Journalistenkarte für die überfüllte Tribüne ber Zeitungsreporter zu ergattern. Der Aberblick über ben Saal ist von bieser Stelle aus ganz vorzüglich und die akustischen Berhältnisse, nicht nur wegen der gut funktionierenden Berstärkeranlage, find es ebenso. Da schwitten nun die armen Journalisten, die von Berufs wegen gezwungen sind, von morgens bis abends und oft noch bis in die Nacht hinein, ständig die Ropfhörer an den Ohren, nach Art ber Telephonistinnen unbeweglich fest zu sigen und sich die Finger wund zu schreiben, was oft keine interessante, sondern eine höchst mechanische Arbeit sein mußte. Die meisten von ihnen bedienen nicht nur eine, sondern mehrere Zeitungen, und während im Saal unten die Debatte gemächlich bahinfließt, haben sie schon ihre Expreßconverts nach allen himmelsrichtungen bereit, die, wenn wieder eine Etappe vorbei ist, von flinken Boten abgeholt werden, indessen der bedauernswerte Reporter naturlich gezwungen ift, auf seinem Plat auszuharren, bis es bem Prafibenten gefällt, die Sitzung aufzuheben, und sei es auch nur, um — für 11/2 Stunden später eine Nachtsitzung festzuseten, mas von der Journalisten-Tribune aus denn auch meistens mit reglementswidrigen, aber menschlich nur zu gut verständlichen Protestrufen quittiert wird.

Im Saale selbst war ein ständiges Kommen und Gehen. Und es ist durchaus richtig, daß die Herren Parlamentarier sich häusig dem Genuß des Zeitungslesens hingeben, was aber nicht unverständlich erscheint, wenn man sich überlegt, daß es schließlich nicht möglich ist, von jedem Parlamentarier das Interesse — und die Sachkenntnis — für alle Einzelsragen zu erwarten. Der Grund hiefür liegt irgendwie an der Konstruktion unserer parlamentarischen Debatten überhaupt; denn der Bundesrat legt ja dem Parlament seine Gesehentwürse nicht nur in großen Jügen vor, um sich dann die Aussührung im Einzelnen im Berordnungswege vorzubehalten, wie es anderswo geschehen mag, vielmehr werden dem Parlament die Gesehe in allen Sinzelheiten, mit allen Detailansähen, vorgelegt, sodaß sich oft Debatten über Punkte entspinnen, die so speziell sind, daß sie nur das Interesse jener wenigen Spezialisten sinden können, die sich überhaupt einmal mit solchen rechnungsmäßigen

oder statistischen Fragen befagt haben. Es ist bies ein Shstem, das gewiß seine Nachteile hat; indessen haben wir doch beobachten können, daß auch in solchen Debatten aus der Mitte des Saales neue Gesichtspunkte und Anregungen herbortraten, die sowohl der Bundesrat, als die Rommission übersehen hatten. Es ist naturlich unbestreitbar, daß bieses System im Grunde einer gemissen Scheu vor ber Berantwortung im Areise der Erekutive entspringen mag, und außerbem, bamit parallel laufend, ber noch größeren Scheu ber Parlamentarier, von ihren wohlerworbenen Rechten bem Bundegrat mehr zu belegieren, als nun einmal zu den Mindest-Rompetenzen einer Exekutive gehören muß, wenn sie überhaupt funktionieren foll. Anderseits verbreitet eine folche Beobachtung im Bolke bas wohltuende Bewußtsein, durch seine Bertreter über alles und jedes mitreden zu können, mas im weitern wieder den Borteil hat, daß die Berantwortung gewisser= maßen durch die Parlamentarier ins Bolt hinaus getragen wird, fodag der, dem die Geschichte schlugendlich nicht gefällt, ober die Einzelfrage unrichtig behandelt erscheint, wohl schimpfen kann, aber sich im Grunde an der eigenen Rase fassen, im höchsten Fall die Nase jenes Parlamentariers ergreifen darf, dessen Liste er am 27. Oktober dummerweise in die Urne gelegt hat. In diesem etwas muhjeligen und höchst kleinlich erscheinenden System der Detailbehandlung liegt also, bei allen Rachteilen, ein nicht ungesunder dem ofratischer Bedante, und, was noch mehr ift, ein eminent praktisches politisch es Bentil, bas größere Eruptionen aus fich felbst zu verhindern geeignet ift. Das ift ein unbedingter Borteil des formalbemokratischen Shstems, und man erkennt daraus, daß das autoritäre Prin-Bip, das mit folchem "Mangel an Berantwortung" aufräumen will, nicht nur Borteile, sondern auch schwere Rachteile in sich birgt und ob es gleich heute in gemissen Rreisen, benen bie prophetische Gabe ja anscheinend ichon in bie Wiege gelegt wurde, kritiklos als das einzig Wahre angepriefen wird, das man, wenn alle andern Argumente fehlen, allein beshalb gut findet, weil es neu ift.

Die Debatte im Nationalrat hatte unbestreitbare Höhepunkte und bie Beister stießen oftmals mit erbarmungslofer Sarte aufeinander. Man muß nur die grundfähliche Frage bes Getreibezolls in der Debatte miterlebt haben, ober jene nächtliche Auseinandersetung über die Magnahmen des Bundesrates zur Erhaltung des Landesfredits, ferner die Aussprache über die Aushebung der Portofreiheit, bei der Nationalrat Walther aus Luzern in einem furzen, aber umso wirtungsvolleren Botum mit ein paar wuchtigen Streichen jene unglückliche Borlage buchstäblich zusammenschlug, sodaß jedem Föderalisten im Saale und auf der Tribune behaglich zu Mute murbe. Daneben gab es allerdings häufig Auseinandersetzungen über einzelne Nebenpunkte, die nun wirklich hatten abgekurzt werden fönnen und die, das foll hier auch nicht verschwiegen werden, gewisse Mangel bes parlamentarischen Shitems ichlagartig beleuchten mußten. Wir meinen hier insbesondere die rührende Debatte über die Buder= fabrik Aarberg. Diese Zuckerfabrik Aarberg ist anscheinend eines jener bei uns nicht gang feltenen Unternehmen, die nur dant direkter ober indirekter Subvention ein muhseliges Dasein fristen, bei deren Wegfall aber auf Grund bes wirtschaftlichen Abam Riese eines sicheren Todes gewiß waren. Nun beschäftigt aber bie Buderfabrit Marberg eine nicht unbedeutende Bahl von Arbeitern, aus biefem Grunde ift fie für die Gegend und den Kanton Bern natürlich "lebenswichtig". Unter bem Drud von Berner Parlamentariern — der bernische Regierungspräsident sitt auch im Nationalrat — hat nun der Bundesrat in die Vorlage über den Zuckerzoll den Vorbehalt eingesett, wonach ein gewisses Quantum Rohzucker, das die Zuckerfabrik Aarberg zur Berarbeitung benötigt, zu einem bedeutend ermäßigten Bolljag, wenn nicht überhaupt zollfrei, eingeführt werben fann. Alfo eine gang flare und einseitige Bevorzugung einer Industrie, die aus sich allein niemals lebensfähig mare und ber Konkurrenz mit unbedingter Sicherheit erliegen mußte. Bah-

rend der Debatte bemerkte man in der Loge einen bernischen Altständerat, den Prafidenten des Berwaltungsrates diefer, auf der Subvention stehenden, etwas eigentümlichen Gesellschaft. Und nun geschah das Unerhörte: Ein Bertreter der sieben Unabhängigen erlaubte sich nämlich, die Geschäftsführung und Leitung dieser Buderfabrik etwas unter die Lupe zu nehmen und versuchte den Nachweis, daß ba Berschiedenes nicht gang in Ordnung sei. Wir sind nicht in der Lage, den Fall nachzuprüfen, doch schien es uns, daß diese Ausführungen nicht gerade jeder Grundlage entbehrten. Indes mahrend diefer Rede die Miene jenes herrn in der Lage immer finsterer wurde, bemächtigte sich aller bernischen Instanzen, größerer und lokalerer Bedeutung, eine merkliche Unruhe. Und nun erfolgte, faum hatte jener Bertreter ber Unabhängigen geenbet, ber Gegenfturm. Man hätte nun erwarten burfen, bag von der Seite der Befürworter des Projektes ein Mann mit begründeter Argumentation vorgeschieft wurde, um die Argumente ber Wegenpartei zu entfraften, was um so leichter war, als ja bie Meinungen längst gemacht schienen und auch ber Bundesrat an dem Projekt festhielt. Indessen, es kam ganz anders. Zuerst erhob fich in seiner gangen Gewichtigkeit der Führer der Bauernfraktion, der Berner Gnägi, und verteidigte mit Argumenten, die man sich ungefähr vorstellen kann, das bundesrätliche Projekt, indem er nicht unterließ, seiner Empörung darüber Ausdruck zu geben, daß ein junger Mann, wie der Bertreter diefer Unabhängigen, es überhaupt gewagt hatte, dieses Blümlein Rührmichnichtan zu pflücken. Als Herr Bnagi fertig war, tonnte er nur ein zeitungslesendes Auditorium festistellen. Nun erhob fich, mit ber gangen Würde, die einem Regierungspräsidenten eigen ist, Berr Stähli, um auch feinerseits in wohl gewählten Worten bas Unerhörte bes Angriffes jenes Unabhängigen mit Gewicht zurüdzuweisen, was aber nicht hinderte, bag er materiell natürlich nicht um ein Jota etwas anderes sagen konnte, als vor ihm Herr Gnägi, ber natürlich das Besentliche längst abgeschöpft hatte. Als er sich jette, — auf unserer Journalisten-Tribüne hörte man bereits halblaute, aber nicht weniger reglementswidrige Rufe der Aritit - mußte er feststellen, daß fich die Bahl der Beitungslesenden gewissermaßen dem Totalitätsgrad bedenklich genähert hatte. Doch, was geschah? Während alles, was irgendwie pflichtgemäß gezwungen war, dieser "Debatte" zu folgen, den logischen Abschluß in der Abstimmung als selbstverftandlich erwartete, erhob sich mit ber gangen Burbe, die ihm eigen ist, der Bertreter ber Gemeinde Aarberg. Sand auf's Berg: hatte biefer biebere Bertreter es magen dürsen, zu dieser Frage nicht auch noch sein Botum abzugeben? "Wo alles spricht, kann Karl allein nicht schweigen." Und so mußten die armen Journalisten — andere Leute, außer natürlich jenem Herrn in der Loge, bessen Gesicht sich inzwischen erheblich geglättet hatte, hörten natürlich nicht mehr zu - mit verbiffenen Mienen ihren Griffel auch noch diesem "Botum" eilig folgen laffen, bis endlich auch bieser Schmerz überstanden war und die ersehnte Abstimmung erfolgte, an deren Ausgang natürlich von vorneherein niemand je gezweifelt hatte.

Das sind nun ganz unbestreitbar außerordentlich schwere Mängel unseres parlamentarischen Betriebes. Es sollte unter vernünstigen Leuten und unter Fühsrung eines energischen Verhandlungsleiters doch wohl möglich sein, solche unnötigen Beitverluste zu vermeiden, indem, wie es in andern Parlamenten auch geschieht, im Wege der Vereinbarung zu gewissen Punkten bestimmte Redner pro und contra ein sür allemal sestgesett werden, und nur diese.

Im weitern aber zeigt die Geschichte jener Zuckersabrik Aarberg mehr als alle theoretischen Aussührungen, an welchem Krebsübel unsere Wirtsch aftspolitik krankt!

Nachdem das Finanzprogramm in vorbildlicher Disziplin von unseren Käten in einer durchaus annehmbaren Form erledigt wurde, kann man wohl die Hoffsnung hegen, daß unsere Parlamentarier auch den Mut finden werden, jene allersbings weit erheblich schwierigere Frage unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik unter

Führung eines entichloffenen Bundesrates jum Wohle bes Gesamtvolfes gu lofen. Diese Lösung aber kann nur in einer entschlossen en Abkehr von der Subventions-Wirtschaft und von den staatssozialistischen Freiehren eines Bundesrat Schultheß gefunden werden, für die die Buderfabrik Aarberg ein Musterbeispiel darstellt. Dabei mussen wir uns naturlich völlig flar barüber fein, daß es uns nicht gelingen fann, allein und aus eigener Rraft mit biefer Wirtschaftspolitik radikal zu brechen. Denn die Folgen eines solchen plöglichen Bruches wären heute verheerend. Dagegen muß sich bei uns in immer verstärktem Mage der Wille durchseten, in langsamer, aber gah verfolgter Entwicklung den Un= ích luğan die Weltwirtschaft wieder zu erreichen und endlich konsequent mit einer Wirtschaftspolitit zu brechen, die im Grunde nur die Geschäfte der Roten und Rötesten besorgt, das Bolk an den Rand des Abgrunds bringt, die Finangen zerrüttet und mit ihrem hemmungslosen staatssozialistischen Etatismus in dem einzelnen Bürger die Lust zur Arbeit und Berantwortung mit folgerichtiger Sicherheit abtoten muß. Wir glauben, daß die Erledigung bes Finanzprogrammes in diefer Richtung als hoffnungsvolles Borzeichen gebeutet werben fann. Und wir hoffen, bağ bie Löjung mit Mut und Ronfequeng in ber Richtung gefunden wird, die Berr alt Bundesrat Mush in seiner grundsätlichen Rede zur neuen Birtschaftspolitik klar bargelegt hat. Wir möchten biese Rebe, die unter dem Titel: "Der nationale Wieberaufstieg" in No. 6 ber "Schweizerlichen Sanbelszeitung" vom 6. Februar 1936 in extenso abgedruckt ift, unsern Lesern zum Studium sehr empfehlen.

\* \*

Wer die Schönheit ober den ausgeglichenen Flug der Rede hören will, dem ist allerdings eine Gastrolle auf der Tribune unseres Nationalrates weniger zu empfehlen. Es ist bemühend, wie außerordentlich wenig wirklich gute Redner in bem Rat ber 187 zu finden sind. Auch am Bundesratstisch steht es nicht viel besjer, boch macht hier der Chef des Gisenbahndepartements, Bundesrat Bilet, eine glänzende Ausnahme. Man mag diesem Manne mit Recht alle möglichen Mängel vorwerfen, allein derjenige, dem die Schönheit der Rede an sich noch etwas bebeuten mag, verzeiht ihm Bieles. Jedenfalls hat, allen Kritiken zum Trop, auch ber Fluß der Rebe insofern einen großen sachlichen Borteil, als dem Redner ein bankbares und aufmerksames Auditorium gur Berfügung steht, bas sich seiner Argumente natürlich umso lieber und leichter erinnert, je weniger holperig und ectig sie ihm vorgetragen wurden. Im Parlament selbst ist die Rednergabe mit wenigen Ausnahmen auf die Prominentenbank ber Sozialbemokraten beschränkt und auch hier ist es ein Genuß, vielleicht oftmals ein gefährlicher, die flussig vorgetragenen Argumente eines Herrn Bratschioder des bekannten Johannes huber anzuhören.

\* \*

Im übrigen sind es wohl immer dieselben Köpse, die dem Beobachter aufsallen. Hier ist vor allem zu erwähnen der unermüdliche Luzerner Rationals rat Wather, der geistige Führer der katholischstonservativen Fraktion, den die Leute oft und wohl nicht ganz zu Unrecht als den eigentlichen Leiter der schweizerischen Bolitik bezeichnen. Zweisellos sind schon viele Bundessäte nach seinem Willen gekommen und wieder verschwunden und wir möchten sagen, er sei gewissermaßen die "graue Eminenz" im Parlamentsgebäude. Herr Walther ist wohl über 70 Jahre alt und doch ist er auch heute noch der Eifrigste von allen. Wenn ein Redner nur entsernt etwas von Bedeutung zu sagen hat, so sieht man bestimmt Herrn Walther, wie er mit gespannter Aufmerksamkeit, meist direkt vor dem Redner stehend, zuhört. Sonst aber ist er stets und ununterbrochen in Gespräche verwickelt; er ist der erste Mann außer dem Präsidenten, der zur

Sikung erscheint, und der lette, der sie verläßt. — Einen widerlich — streberhaften Eindruck dagegen macht der Jungbauernführer Müller aus Großhöch sit etten. Ohne wirklich Bedeutsames vorzubringen, hat er die Nase auf eine aufsdringliche Art stets zuvorderst und seine Gruppe macht einen herzlich unbedeutenden Eindruck, leider mit Einschluß unseres sehr verehrten Landsmannes, des Herrn Lanicca vom Heinzenberg. Ihr geistiger Führer ist zweisellos Herr Gad ient; er sitt aber nicht bei den übrigen der Gruppe, sondern, entsprechend den Geheimnissen eines wohl etwas merkwürdigen Verteilungsplanes, ganz allein in der hinstersten Reihe des rechten Sektors und dazu noch ausgerechnet neben Herrn Dr. Wetter aus Zürich! Die beiden verstehen sich aber ausgezeichnet und der politische Unterschied wird eigentlich immer erst deutlich bei Abstimmungen, denn hier sind die beiden zwei Tellern einer Waage vergleichbar: erhebt sich Wetter zum Ja, sobseibt Gadient sitzen, erhebt aber dieser sich, so bleibt mit ebensolcher Sicherheit sein Nachbar zur Rechten sitzen! Welcher sindige Geist hat wohl die beiden nebenseinander gesett?

Indes sich in der prächtig ausgestatteten Wandelhalle Herr alt Bundes = rat Mujn mit Herrn Grimm in angeregtem, aber durchaus freundschaftlichem Gespräch unterhält — ob er ihm wohl die Entstehungsgeschichte der Broschüre "Soll ber Sozi die Schweiz regieren ?" erzählt hat ? — sieht man Herrn Duttweiler unentwegt herumrennen, den Mann, der nie stille figen fann. Er ift tatsächlich von einer direkt rührenden Aftivität beseisen und wir mussen sagen, daß das Bilb, das man sich in gewissen Rreisen gemeinhin von ihm macht, in der Hauptfache nicht zutrifft. Bir glauben Berr Duttweiler ift erheblich beffer, als fein Ruf. Er mag gewiß in seinem wirtschaftlichen Fach jenes Maß von Rücksichtslosigkeit betätigen, bas nun einmal irgendwie mit ber freien Wirtschaft zusammenhangt und das andere, wenn auch vielleicht etwas verhüllter, ebenfalls betätigen. Aber im Grunde ist dieser Mann gang fraglos ein großer Idealist, ein Mensch, ber tatfächlich von der Idee erfüllt ift, die wirtschaftliche und die politische Ordnung besser machen zu müssen, als hätte ihm das Bolf ein imperatives Mandat dazu gegeben. Deshalb spricht er auch immer "Im Namen des Volkes". Wir hatten Gelegenheit, ihn zweimal sprechen zu hören. Er spricht mit großer Begeisterung und zweifellos echtem innerem Feuer; besonders bann, wenn er bem Barlament und seinen Mitburgern die Sunden vorhalt. Doch spricht er, technisch und bialektisch, wenigstens im Parlament, recht hilflos (man hat immer jene bedrückte Angit, bag er sich vergaloppiert!). Seine Ibeen, die auf die Reinigung des politischen Lebens von Taktik und Zwischenträgertum hinauslaufen, bezwecken eine unmittelbarere Berbindung zwischen den Regierenden und der Masse des Bolkes, für die er zu sprechen glaubt; er ist gewissermaßen ein Fanatifer ber absoluten Demokratie und er traut dem Bolk ohne weiteres die Entjagung zu, selbst schwerste Lasten auf sich zu nehmen, wenn man die direkte Berbindung mit ihm wieder herstelle. Aus diesem Grunde hörten wir ihn die Dringlichfeiteflaufel befampfen, doch überfah er babei völlia, daß eine Unterstellung des Kinanzprogramms unter das Referendum unwiederbringliche Monate gekostet hätte. Einmal dieser Schwierigkeit bewußt geworden, verfiel er auf den eigentümlichen Gedanken, dem Bundesrat eine verfassungswidrige Abfürgung ber Referendumsfriften gugumuten und bies in öffentlicher Situng bes Nationalrates! Dag er mit folden Anregungen bei allen ernfthaften Leuten auf lächelnde Ablehnung stößt, ist selbstverständlich und auch seine eigene Fraktion folgt ihm keineswegs immer — so fiel sie zum Beispiel bei der Abstimmung über die Dringlichkeit völlig auseinander. Gutgesinnte Leute auf der Journalisten-Tribüne versicherten mir denn auch, daß ihnen Herr Duttweiler im Grund leid tue; er verpufft seinen großen Idealismus in außerordentlich ungeschickt vorgetragenen Bendungen und Argumenten, stolpert bei jeder Gelegenheit über die Geschäftsordnung und ist alles in allem ein billiges Opfer in den Händen

gewiegter parlamentarischer Taktiker. Um seine Fraktion steht es im allgemeinen nicht viel besser und wenn es im Parlament mit diesen "Unabhängigen" so weiter geht, dann wird ein glanzvoller Mißersolg nicht ausbleiben. Ein Gespräch mit einem Herrn, der dieser Gruppe sehr nahe steht, überzeugte uns davon, daß man in der Gruppe selbst keineswegs mit einer langen Lebensdauer rechnet.

\* \*

In jenen Tagen gingen wir oftmals in der prächtigen Wandelhalle des Nationalrates auf und ab, immer treu behütet von einem bereitwilligen Parlamentarier, und da murde viel von der Neutralität der Schweiz gesprochen. Es ift nun fein Zweifel barüber möglich, daß der Sanktionenkonflitt in Benf und der Zwang für die Schweiz, zum ersten Male seit dem Februar 1920 für ihre Neutralität in prazi einzustehen, das Gefühl von Bundesrat, Parlament und Bolk für die Berantwortung gegenüber unserer politischen Lage in erheblichem Maße gesteigert hat. Die Unterhaltung mit verschiedenen Parlamentariern brachte uns flar zum Bewußtsein, daß die überwiegende Mehrheit des Parlaments nicht gewillt ift, irgend etwas von der uns verbliebenen Neutralität abzugeben, vielmehr ift fie im Begenteil bestrebt, diesen ja nicht mehr absoluten Begriff der Neutralität so weit wie möglich auszulegen und dieje Auslegung auch bei den Mächten burchzuseben. Und weiter ift es ebenfo ficher, daß auch der Chef des Politischen Departements, Berr Bundesrat Motta, nicht nur diese Aufsassung durchaus teilt, also darauf beharrt, die Grenzen unserer Neutralität aus unserer eigenen Souveranität zu bestimmen, sondern im weitern entichloffen ift, bei ber näch ften baffenben Gelegenheit eine saubere Anertennung dieses unseres Standpunttes bei den maggebenden Mächten zu erreichen. Dies ift feine leichte Aufgabe, aber der Entichluß steht im Politischen Departement in dieser Richtung fest. Wir können uns über diese Entschlossenheit nur freuen - und hoffen, daß sie anhalte! Denn, wie im gegenwärtigen afrikanischen Konflikt je länger besto weniger eine wirkliche Gefahr für die schweizerische Neutralität droben dürfte, ist es umso wichtiger, für künftige Gefahrenmomente ein für allemal reinen Tijch zu machen. Die Berhältniffe in Europa, die ungeheure Spannung, insbesondere um das Webiet des Donauraumes, laffen eine Ronflittagefahr über furz oder lang durchaus in den Bereich bes Möglichen treten. Für diesen Fall uns nicht nur im Rahmen der Londoner= ertlärung, sondern in extensiber Auslegung ihres Inhaltes zu sichern, ist heute die Aufgabe des Bundesrates. Wir wissen, daß sie nicht leicht ift, aber wir miffen auch, daß man im Politischen Departement gewillt ift, das Erforderliche zu tun. Die Debatte über die Reutralitätspolitik der Schweiz hat im weitern auch gezeigt, daß das Parlament in diesem Bestreben in seiner überwiegenden Mehrheit geschlossen hinter bem Bundesrat steht und im Bolke ift es nicht anders. Das find, bei allen erkennbaren Schwierigkeiten ber Lage, erfreuliche, aber nicht weniger zutreffende Feststellungen und dabei ist uns besonders wertvoll, dag wir heute auf die vorbehaltlose Unterstügung unserer welschen Mitbürger in dieser Politik rechnen können.

\* \*

Wenn so das Problem unserer staatspolitischen Neutralität einer Lösung entgegen zu streben scheint, die, immer ausgehend von unserer nun einmal feststehenden Zugehörigkeit im Völkerbund, nach Lage der Dinge wohl die bestmöglichste Lösung bedeutet — der Austritt aus dem Völkerbund bleibt als ultima ratio bestehen, ist aber heute nicht aktuell — so steht es andererseits mit der psychologischen Neutralität, mit dem Neutralitätsempsinden der Volkes, allerdings nicht zum Besten. Blitartig wurde diese Lage — gerade während der Fanuarsession der Räte — beleuchtet durch die samose Eingabe von

über 100 Barlamentariern zu Gunften bes Berrn v. Difiegin. Dem Lefer find Inhalt und Bedeutung dieser Eingabe wohl noch gegenwärtig, sodaß wir es uns versagen können, darauf einzugehen. Interessant aber ift, festzustellen, wie es eigentlich zu biesem Schildbürgerstreich kommen konnte. Im Grunde hat sich ein großer Teil der Parlamentarier durch den sozialistischen Abgeordneten Dr. Oprecht an der Rase herumführen lassen. Herr Oprecht ist der eigentliche Sieger in dieser traurigen Affare, mahrend herr Deri hochstens "zweiter Sieger" ift, wenn er nicht überhaupt schon zu den Düpierten gehört. Mutatis mutantis spielte sich bie Sache ungefähr fo ab, daß Oprecht die Angelegenheit hinter Berrn Deri stedte, ber bann feinerseits als Mitglied unserer Bolferbundsbelegation - wie lange noch? — bei ben burgerlichen herren fraft seines sogenannten außenpolitischen Prestiges leichtes Spiel hatte. So kam es, daß sogar die beiden Präsidenten unterschrieben und nach ihnen viele, viele andere, darunter auch solche, die man ent= schieden lieber nicht in der Gesellschaft gesehen hätte. Es war also eigentlich mehr ober weniger ein Bluff. Wir wollen die Frage nicht aufwerfen, ob alle wußten, was sie unterschrieben.

Wir selbst haben herrn v. Disiegth vor nunmehr 21/2 Jahren in einem preußis schen Konzentrationslager gesehen und auch mit ihm gesprochen. Der Nationals sozialismus hat diesen Pazifisten anscheinend für sehr gefährlich angeseben, benn er wurde unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, wo er wegen Berrats militärischer Geheimnisse eine überjährige Strafe abgesessen hatte, im administrativen Wege ins Konzentrationslager gesteckt, wo er sich heute, nach über drei Jahren, noch befindet. Es icheint nun eben zu den Geheimnissen nationaljozialistischer "Rechtspflege" zu gehören, daß es möglich ist, Leute nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis durch rein administrative Magnahmen — aus politischen Gründen, nicht etwa im Sinne einer kriminellen Sicherungsverwahrung — ihrer Freiheit zu berauben und es ist ebenso unzweifelhaft, daß die gesamte Kulturwelt außerhalb Deutschlands — und Biterreichs! — ein jolches Shitem ablehnt, mag man es nun "revolutionär" begründen ober anders. Um aber diefer Angelegenheit so gut wie möglich auf ben Grund zu kommen, haben wir uns von amtlicher deutscher Seite eine Zusammenstellung der Vorwürfe gegen Offieth und des Tatbestandes, der ihm vorgehalten wird, zu besorgen bemüht. Die deutsche Amtsstelle hat uns nun hierüber das Folgende mitgeteilt:

"E. von Ossiehkh, der seit 1912 der Deutschen Friedensgesellschaft als Mitglied angehörte, hat seit Kriegsende jahrelang durch seine schriftstellerische Tätigkeit in den verschiedensten Zeitungen und Zeitschriften in volkszersehens der Weise Propaganda getrieben. Er schrieb seine Leitartikel in die Zeitungen "Die Berliner Volkszeitung" und der "Montag Morgen", sowie in die Wochensschrift "Das Tagebuch". Ferner war er maßgebend an der Organisierung der "NieswiedersKrieg" Bewegung beteiligt, die die allsährlich Ansang August statssindenden "NieswiedersKrieg" Demonstrationen abhielt. Seit Ende 1926 übernahm er als verantwortlicher Redakteur die Leitung der pazisistischen Zeitschrift "Die Weltbühne". Seine Mitarbeiter sehten sich aus Kreisen zusammen, die für ihre seinbliche Einstellung gegen alles Nationale bekannt waren (z. B. Tucholski, Förster, Helmut von Gerlach, Kurt Hiller, Sternberg usw.).

Es konnte nicht ausbleiben, daß Officikh trot der vor 1933 gegen Landes- und Volksverräter geübten milden Rechtsprechung in vielen Fällen mit dem Gesetz in Konflikt kam. Er ist mehrmals wegen Vergehens gegen das Pressegesetz und wegen Beleidigung zu Geldstrasen verurteilt worden. Auch wegen Landesverrats schwebten gegen ihn mehrere Versahren beim Reichsgericht. In der Landesverratssache von 1926 wurde er beschuldigt, durch Veröfsentlichung des Artikels "Frontwechsel des Jungdo", in welchem er sich über die Subventionierung einer Anzahl politischer Verbände durch die Reichswehr ausließ, versuchten Landesverrat getrieben zu haben. Zu einer Berurteilung bes von Offiethth ist es allerdings in diesem Bersahren nicht gekommen, viels mehr wurde das Bersahren auf Grund des Amnestierungsgesetzes vom 14. Juli 1928 eingestellt.

In einem weiteren Landesverratsversahren von 1929 wurde er am 23. November 1931 vom Reichsgericht wegen Berrats militärischer Geheim= nisse zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Verurteilung er= folgte wegen Presseveröffentlichungen über militärische Vorgänge, deren Ge= heimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten war."

Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß Herr v. Ossisiehth einmal wegen Verrats militärischer Geheimnisse mit einem Jahr und sechs Monaten Gesängnis vorberstaft ist. Er hat diese Strase abgesessen. Die übrigen Vorwürse gegen ihn sind rechtlich zweiselsohne nicht faßbar; es geht aber aus den Aussührungen in dem Dokument hervor, daß Ossisish als Pazisist der politischen Linie des heutigen Reiches diametral widerspricht. Aus diesem Grunde besindet er sich seit drei Jahren in administrativer Verwahrung und niemand ist in der Lage, abzusehen, wie lange diese einzigartige Maßnahme noch dauern wird. Im übrigen hat er — sei es aus Idealismus oder nicht — sein Vaterland verraten, und das macht ihn nun einmal für normal empsindende Menschen nicht shmpathisch.

Wie bereits betont, ist es uns nun einmal nicht möglich, jener Einsperrung in ein Konzentrationslager das Berständnis entgegenzubringen, das man vielleicht im Deutschen Reich als selbstverständlich betrachtet und wir glauben, daß die ganze Welt ungefähr benfelben Standpunkt einnimmt. Auch gibt es kein Geset noch eine sonstige Berpflichtung, die uns hindern fann, als Privatperson dieser Ansicht Ausbrud zu geben und ben Wunsch auszusprechen, daß auch im Dritten Reich endlich mit dieser eigentümlichen "Rechtsanwendung" abgefahren werde. Was aber anderseits das Maß des Zulässigen bestimmt überschreitet, das sind nun Samme! = proteste schweizerischer Abgeordneter, die, mögen auch die Einzelnen als Privatleute gehandelt haben, den Charakter des Halboffiziellen nun einmal nicht verleugnen können. Uns scheint, daß hier die durch das Reutralitäts= empfinden gestedte Grenze überschritten wurde. Sompathie und Antipathie im neutralen Staate find gewiß bas Recht bes einzelnen Burgers und niemand wird es wagen, dem Bürger dieses Recht zu schmälern. Der Parlamentarier aber ift schließlich mit bem Augenblice seiner Bahl nicht nur mehr Pribatmann, sondern auch in diesem Falle, insbesondere, wenn schon mehrere gemeinsam auftreten, Bertreter des Bolkes, und als solcher legt ihm die Pflicht zur Neutralität gemisse Bindungen auf, die nicht zu beachten in letter Linie eine Schäbigung des Bolksganzen in sich ichließt. Schließlich ift eben die Neutralität nicht nur ein papierener ober formeller Begriff, sondern eine Empfindung, die irgendwie im Bolksganzen ruht, und aus der allein der formelle Begriff überhaupt seinen Inhalt ziehen kann. Ohne biese pshchologi= iche Neutralität ist die papierene ein leerer Schemen, ein Wesen ohne Fleisch und Blut, das kein Mensch auf der Welt ernst nimmt. Das aber ist das Entscheis benbe: baß auch gegenüber uns völlig unverständlichen Magnahmen frember Staaten biese Reutralitätsempfindung uns bor einem überschreiten jener Grenze bewahrt, bie im Sinne einer materiellen Anerkennung unjeres Neutralitätswillens nicht wir, fondern die umliegenden Staaten abstecken. In letter Linie nüt es uns ja gar nichts, wenn wir unsere Neutralität in alle Welt hinausposaunen, dabei aber uns keinen Deut darum kummern, ob diese Neutralität auch wirklich von allen umliegenden Staaten als folche empfunden wirb, um bann auch, im Falle der Gefahr, respektiert zu werden.

Dasfelbe gilt auch von der Ginftellung ber Preffe. Grundfäglich

dürste gar nichts dagegen gesagt werden, wenn gelegentlich ein wildgewordener Redaktor seinem Unmut über gewisse innenpolitische Maßnahmen jenseits unserer Nordgrenze Ausdruck gibt. Schließlich stehen wir in der deutschen Schweiz doch immer noch in einer gewissen kulturellen Berbundenheit mit dem großen Raume jenseits des Rheins, obwohl von dieser Berbundenheit nachgerade, und nicht durch unsere Schuld, nicht gerade viel mehr übrig geblieben ist, als der Gleichklang der Sprache. Aber man wird und muß es doch auch in Deutschland verstehen, daß der Einzelne bei uns an so grundstürzenden Wandlungen ihm mehr oder weniger verstrauter Berhältnisse innern Anteil nimmt, und diesen Anteil, entsprechend der Schärse der beobachteten Maßnahmen, auch manchmal etwas drastisch zum Aussedruck bringt.

Nun ist es aber leider in den letzten Monaten, insbesondere aber in den letzten Wochen, mit Teilen unserer Presse erheblich anders gekommen. Was man seit Monaten in der sozialistischen Presse — von der Moskauer ganz zu schweigen — und in der "Basler Nationalzeitung" über Deutschland liest, das ist nicht mehr Kritik, sondern ein Schmutzit rom, der durch keine Schleusen, Dämme noch Kanäle mehr beschränkt oder geleitet wird. Und hier ist nun wirklich kein Unsinn dumm genug, um nicht in behaglicher Breite ausgewalzt zu werden. Der geduldige Leser dieser Zeitungen wird so mehr und mehr in eine Stimmung kritik-losen Hödsinn zu glauben, den ihm solche journalistischen Tausendsassa wie z. B. Herr Eduard Behrens vorsetzen.

An sich ist das alles aber gar nicht so neu. Als vor nunmehr 13 Jahren Musso= lini die Macht in Italien ergriff, erlebte man jahrelang genau dasjelbe Schauspiel und am Ende ist das ganze rote Theater verpufft, ohne irgendwelche weitergehenden Wirkungen zu hinterlaffen. Wir möchten deshalb auch bezüglich der Ginstellung dieser Presse zum Nationalsozialismus nicht schroffen Eingriffen des Bundesrates das Bort reden. Schließlich haben wir immer noch eine verfassungsmäßig garantierte Preffefreiheit und es widerspricht unserem bemokratischen Empfinden, an diesem Grundsatzu rühren. Gegen die ärgsten Auswüchse hat sich der Bundesrat durch seine Berordnung vom März 1934 die Wasse der Verwarnung und des Verbotes in die hand gegeben, aber wir verstehen durchaus, wenn er sparsam damit umgeht — aus prinzipiellen wie aus praktischen Erwägungen. Nur sollte es eben nicht so weit kommen, daß gange Bolksteile in eine hoffnungslose hafpsichose hineinmanoveriert werden konnen, denn dadurch wird eben die Grundlage unserer Reutralitätspolitif aufs Ernsteste gefährdet. Geht das Treiben so weiter, jo gelingt es der roten Presse, uns völlig in das Fahrwasser der bolschewistischen Politik gegenüber Deutschland hinein zu leiten, was wir uns nun einmal nicht erlauben können, ebenso wenig wie eine so hemmungslose Hetpolitik, wie sie 3. B. in der tichechoisowakischen Presse, vor allem der deutsch geschriebenen, beliebt: der Unterschied ist der, daß in der Tschechoslowakei niemand behauptet, er sei neutral, mährend bei uns schließlich immer noch auf die Neutralität gepocht wird.

Es sollte also im Laufe der Zeit doch möglich sein, ohne allzu schrösse Einsgriffe ein gewisses übermaß pathologischer Kritik abzustellen. Erinnern wir und weiter daran, daß solche Bewegungen und Haßströme sich immer einmal von selbst totlausen, weil es den Leuten verleidet, täglich dasselbe zu hören. So ging es gegenüber Ftalien und so dürfte es auch gegenüber Deutschland gehen. Übrigens wird uns ja von jenseits der Grenze dauernd versichert, daß das neue Regime taussend Jahre dauern werde und solange kann schließlich auch das "Volksrecht" nicht immer dasselbe schreiben, sonst geht ihm die Druckerschwärze aus und den Lesern die Geduld!

Im Politisch en Departement hat man, wie wir zu wissen glauben, die übersteigerten Presseangriffe schon längst bedauert, und die Auffassung über die

Notwendigkeit der psichologischen Neutralität, wie sie in den leitenden Stellen des Politischen Departements besteht, dürste ungefähr dem entsprechen, was wir hier darzulegen versucht haben. Es ist anzunehmen, daß die grundsähliche Bereinigung und Absteckung des Bereiches unserer Neutralität in unseren Beziehungen zu Deutschsland und der Pflichten, die sich — nicht nur für uns, sondern auch für das Reich — aus dieser Neutralität ergeben, auch in dieser Beziehung Klarheit und Ordnung schaffen werden, soweit dies bei der heute herrschenden Stimmung überhaupt möglich ist. Aber Boraussehung dafür ist, daß der Bundesrat gegensüber einer gewissen Presse endlich etwas schärfer zugreift!

\* \*

Die Schüffe von Davos haben gezeigt, wie bringend notwendig es ift, Ordnung zu schaffen. So sehr wir nun allerdings die Schreibweise einer gewissen schweizerischen Linkspresse verurteilen, so wenig können wir uns anderseits ben Leuten anschließen, die von einer Mitschuld dieser Presse an der Ermordung bes herrn Buftloff zu fprechen wagen. Das find unverantwortliche und gefährliche übertreibungen. Tatsache ist einzig, daß Gustloff das Ziel maßloser Angriffe politischer Natur geworden ist, obwohl er sich nichts hat zu schulden kommen lassen. Das geht aus ben Berichten des Bundesrates hervor. Aber seine Ausweisung wurde nicht deswegen verlangt, weil er sich bestimmter Delikte gegen die schweizerische staatliche Sicherheit schuldig gemacht hatte, sondern im Grunde einfach beswegen, weil er der vorderste politische Erponent einer ausländischen Barteigrup= pierung in der Schweiz war. Daraus aber nun ableiten zu wollen, unsere sozialistische Presse habe dem Mörder Frankfurter gewissermaßen die Baffe in die Hand gedrückt, ist irrig und zurückzuweisen. Denn barüber ist sich wohl alle Welt flar, daß herr Gujtloff ber Rache eines Juden zum Opfer gefallen ift, eines Juden, ber mit seinen Schuffen die Rnechtung bes Jubentums in Deutschland gu rachen glaubte. Offenbar spielte es für ihn feine Rolle, welchen Exponenten des Nationalsozialismus seine Schüsse trafen; da er nun aber in der Schweiz lebte, ist es nicht gang unverständlich, daß er sein Opfer in dem oberften Leiter und erften Repräsentanten des Nationalsozialismus in seinem Gastland suchte und fand. Db und inwieweit die Haltung unserer Linkspresse ihn dabei beeinflufte ober nicht, ift gur Beit überhaupt nicht feststellbar und zur Feststellung der Motive der Tat auch gar nicht notwendig. Die psichologische Begründung der Tat läßt sich allein aus der Eigenschaft bes Täters als Jude und offenbaren Fanatiker erklären. Im Grunde handelt es sich um einen politischen Mord ähnlich dem Fall Conrabi = Worowith, nur mit umgekehrten Borzeichen. Frankfurter ift zum Glück weder Schweizer, noch ist er auch Emigrant; er ist jugoslavischer Staatsbürger und wählte unser schweizerisches Territorium, das sein Gastland war, für eine unselige Tat, durch die er feine Blutgenossen zu rachen glaubte. Dies, so scheint uns, ift ber Tatbestand.

Wir haben bereits betont, daß Herr Wilhelm Gustloss sich nichts zu schulden kommen ließ. Er war ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle und wir besdauern diese Tat aufrichtig. Die Folgerungen aber, die im Anschluß an die Tat sowohl in der schweizerischen, wie auch in einem Teil der deutschen Presse zu lesen waren, mahnen zum Aufsehen. Dabei muß allerdings anerkannt werden, daß die beutsche Regierung in vorbildlicher Zurückhaltung die beginnende Polemik der deutschen Presse von Ansang an abgestellt hat. Hoffentlich macht sie nun daßselbe mit dem "ZDS, Zeitungsdien für auß der Schweizschen Gerausgeber: Norbert K. Enger, Zürich. Dieser Hers Enger gibt schon seit Mosnaten eine sogenannte "Korrespondenz für die deutsche Presse" aus der Schweiz heraus, die sich so ungefähr durch das Gegenteil von Objektivität auszeichnet. Der Leser weiß aus der Presse, wie sich Herr Enger zum Mord an Gustloss geüßert hat und daß er ziemlich unverhüllt einen Eingriff des deutschen Reichskanzlers zu

Gunsten des Auslanddeutschtums in der Schweiz zu provozieren gedachte. Wenn man auch verstehen kann, daß Herrn Enger, der ein persönlicher Freund des Herrn Gustloff war, unter dem Eindruck der Tat das Temperament durchgegangen ist, so sollte doch eine solche Außerung auf unserem Boden unmöglich sein. Der Bundesrat hat Herrn Enger verwarnt und das dürste vorerst genügen.

Indessen polemisiert die sozialdemokratische Presse nach wie vor gegen den Bundesrat und verlangt nichts weniger als den Rücktritt der Herren Motta und Baumann. Mit welcher Kompetenz sie das tut, bleibe dahingestellt; es ist zu hoffen, daß der Bundesrat in seiner ruhigen Politik sestbleibt und sich durch das Geschrei der marxistischen Presse nicht beeinflussen läßt.

Denn es steht außer Zweisel, daß unser Bundesrat nach dem Attentat von Davos sich vor schwere und grundsägliche Entschlüsse gestellt sieht. Die traurige Angelegenheit muß wenigstens den einen positiven Ersolg haben, daß unsere Beziehungen zu Deutschland im Wege beidseitigen Entgegenkommens in Bahnen gelenkt werden, wo nicht von einem Tag auf den andern unliedsame Zwischenfälle zu befürchten sind.

Die europäische Lage im Gesamten ist so ungeheuer ernst, daß wir nach allen Seiten, ebenso gut im Verhältnis zu Deutschland wie zu den Mächten des Völkerbundes, uns beschleunigt die Anerken nung un serer Neutralität sichern oder, soweit notwendig, sie wieder herstellen müssen. Jeder Tag, der in dieser Richtung nutslos verstreicht, ist angesichts der bestehenden Spansnungen nicht wieder einzubringen.

"Der Volksbund für die Unabhängigkeit für die Schweiz" hat bereits in einer Eingabe, abgedruckt in diesen Heften im Mai/Juni 1935, im Sommer letten Jahres das Verbot sämtlicher ausländischer Parteiorganisationen (Nationalsozialisten, Faschisten und Kommunisten — diese, soweit es sich um Auskänder handelt, —) angeregt. Der Bundesrat sollte nun unseres Erachtens diesen Weg konsequent beschreiten und als ersten Schritt darauf hinwirken, daß die Stelle eines Landesleiters der Nationalsozialistischen Partei in der Schweiz nicht mehr besetzt wird. Im übrigen aber ist es selbstverständlich, daß nur ein absolut gleichmäßiges Vorgehen gegen alle ausständischen Parteiorganisationen in Frage kommen kann. Einseitige Maßnahmen sind abzulehnen, weil sie mit der Neutralität nicht vereinbart werden können. Die von uns angeregte Generalreinigung sollte allerdings mit Beschleunigung durchsgesührt werden.

In weiteren dürste es wohl angezeigt erscheinen, die bei uns lebenden poslitischen Emigranten wieder einmal einer Musterung zu unterziehen und unliedsame Elemente, also solche, die das Politisieren nicht lassen können, an die Grenze zu stellen. Immerhin möchten wir hier keineswegs so weit gehen, wie Herr Henne in der "Front" vom 6. Februar, der verlangt, daß das "gesamte jüdische Emigranten-Geschmeiß aus unserem Lande hinausgesagt werde". Er stens einsmal haben wir hier keine antisemitische Politik zu treiben. Zweitens war Franksurter überhaupt kein Emigrant — und hier ist die Argusmentation des Herrn Henne völlig unrichtig — und drittens haben wir immer noch ein As hlrecht, das wir wenigstens im Grundsatz bewahren wollen. Es kann sich also nicht darum handeln, das Kind mit dem Bade auszuschütten und nun einsach die ganze Emigration an die Grenze zu stellen. Aber die Ansehung eines Siebes wäre bestimmt nicht unzweckmäßig.

Wenn in dieser Richtung konsequent vorgegangen wird, so sollte die dringend notwendige Erleichterung eintreten. Erforderlich ist aber weiter, daß der Bundes=rat sich endlich entschließt, gewisse übertreibungen und Hetzkampagnen unserer Links=presse bürgerlicher oder roter Couleur energisch abzustellen, selbst unter Zu hilse nahme des Berbotssich wertes. Und wenn von der Gegenseite aus dafür

gesorgt wird, daß gemisse Pressetorrespondenzen, wie der "Zeitungsdienst aus der Schweiz", entweder verschwinden, oder sich eines etwas weniger überheblichen Tones besteißigen — die Entgleisung des Herrn Enger war nämlich nicht die erste — dann sollte es möglich sein, die gespannten Beziehungen zu normalisieren, und bei — dann sollte es möglich sein, die gespannten Beziehungen zu normalisieren, und bei aller notwendigen gegenseitigen Freiheit der Kritik mit Deutschland wieder in ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zu kommen.

Wer Gelegenheit hatte, in den letten Wochen die außerordentlich gefährlichen europäischen Spannungen in Gesprächen mit sührenden Staatsmännern zu beobachten, dem muß die Wiederherstellung unserer normalen Beziehungen als neutraler Staat nach allen Seiten äußerst dringlich erscheinen. Niemand kann sagen, ob nicht Europa über kurz oder lang schwersten Konflikten entgegengeht. Möge der Bundesrat und mit ihm das Bolk alles an die eine, große, an unsere geschichtliche Aufgabe seten: daß nämlich an dem Tage, wo das Unglück über Europa hereindricht und unsere Nachbarn, vielleicht zu ihrer letten Bernichtung, das Schwert ziehen...: daß an diesem Tage der Schild unserer Neutralität blank sei, so blank, wie er im Juli 1914 war. Die Aufgabe ist ungeheuer schwierig, aber wir glauben nicht, daß sie unlösdar sei.

Zürich, Mitte Februar 1936.

Jann v. Sprecher.

## Kultur-und Zeitfragen

## Deutsche Malerei im 19. Jahrhundert.

Bur Berner Kunsthalle-Ausstellung.

Das vergangene Jahrhundert, aus dessen Schatten wir, abgewandten Blickes, immer noch herausstreben, hat den nachsolgenden Zeiten zwei große Gaben dargebracht: eine neuartige, zwar mitunter in Überheblichkeit sündigende Naturversundenheit und die ihr entsprießende Malerei. Es geht mit den Kunstwerken wie mit allem großen, langsam wirkenden Erleben, sie brauchen Zeit, um in uns auszureisen. Vielleicht ist das der Grund, warum eine rückgreisende Kunstschau uns mit einer warmen, ganz spontanen Freude erfüllt, wie gegenwärtige Kunst sie nur selten spendet. Oder sind wir wirklich so arm geworden, so zerrissen in der Seele, daß unsere Künstler kaum mehr gelöst beseligende Werke hervorzubringen vermögen? Im Vergleich zu unserer Moderne war das doch keineswegs eintönige Ringen in Fragen des Kunstschassens gesestigt, durch Spannungen belebt, aber nicht abgrundstief aufgespaltet, vertrauensvoll an die Großen der Vorzeit gewendet und technisch wohl unterbaut von einer gesunden handwerklichen Schulung.

Was Dr. Huggler, der Betreuer der Berner Ausstellung, aus der breiten Fülle deutscher Malerei des 19. Jahrhunderts erwählt hat und was er in weiser Besichränkung versagt, begründet er mit seinem Ziele das eigentümlich Malerische in dieser Spanne darlegen zu wollen. Da überrascht es denn freilich, daß der Nachstruck auf der ersten Jahrhunderthälfte liegt, indes die Künftlergeneration, die zu unserm Schaffen hinleitet, nicht zu Worte kommt. Die Historienmalerei, die in Deutschland vergängliche Werte zeitigte, ist nicht vertreten, auch sehlen die Nazasrener. Umso besser dürsen wir uns und mit Recht an den Landschaftsbildern der Romantik erlaben. Die heroische Landschaft, die über das tänzerische Empfinden des Rokoko, hinweg vom Pathos des Barock her lebendig geblieben war, wandelte sich zur reichen, durchsühlten und durchdachten Landschaftskomposition, wie C. D. Friedsrich, Bürkel, Schirmer, v. Rohden sie pslegten. Das Weltbild, das sie schaubar machten, hatte sich am Feuer Rousseaus entzündet und glühte im Geiste der Rosmantik. Ein neues Gesühl für eine unberührte, vom großen Utem des Schöpfers